Globales Umfeld von schwachem Wachstum geprägt[2]

Weltwirtschaft: Wachstumsaussichten trüben sich weiter ein

Die Weltwirtschaft steht vor großen Herausforderungen: Russlands Krieg gegen die Ukraine befeuert Energie- und Lebensmittelpreise, die Inflation zeigt sich persistenter als erwartet, viele Notenbanken reagieren weiter mit teils kräftigen Zinsschritten, das Vertrauen schwindet und die Unsicherheiten bleiben hoch. Die jüngsten Prognosen geben einen entsprechend eingetrübten Ausblick. Die OECD prognostizierte zuletzt ein globales Wachstum von 3,1% im Jahr 2022 und eine weitere Verlangsamung auf 2,2% für 2023. Auch für 2024 wird nur ein verhaltenes Wachstum von 2,7% erwartet. Die Erholung, die 2021 nach dem Covid-19-bedingten Einbruch einsetzte, ist somit unterbrochen. Für das Jahr 2023 prognostiziert die OECD, dass rund drei Viertel des globalen Wachstums von asiatischen Schwellenländern getragen werden, während Europa und die USA mit teils starken Einbrüchen rechnen müssen. Insbesondere die Entwicklung in China, das letzthin einen rasanten Anstieg an Covid-19 Infektionen verzeichnete, wird entscheidend für mögliche Revisionen der globalen Wachstumsaussichten in der nächsten Prognoserunde sein.

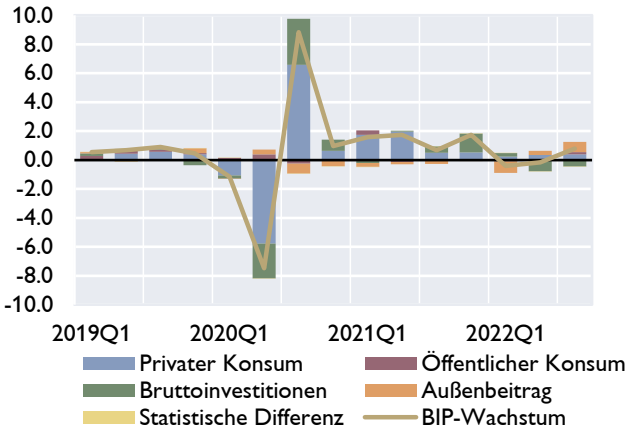
Hinsichtlich der Inflationsentwicklung sieht die OECD, ähnlich wie auch der IWF und die Europäische Kommission, einen langsamen Rückgang: nach 9,1% im Jahr 2022, soll die globale Inflation im Jahr 2023 6,6% betragen und 2024 auf 5,1% zurückgehen.

USA: Inflation weiter rückläufig, Wirtschaftsschwäche unterbrochen

Das *Bureau of Economic Analysis* korrigierte das BIP-Wachstum für das dritte Quartal 2022 in seiner Schätzung leicht nach oben auf 0,8%, womit die technische Rezession der beiden vorangegangenen Quartale beendet erscheint. Stärkend auf das Wachstum wirkten sich vor allem der Außenbeitrag, aber auch der Konsum, aus, wohingegen die erneut negative Investitionsentwicklung das Wachstum dämpfte.

USA: Beiträge zum BIP-Wachstum

%-Veränderung gegenüber VQ, SA *letzter Wert: 2022Q3*



Quelle: Macrobond/Bureau of Economic Analysis.

Die Inflation, gemessen am Consumer Price Index (CPI), ist im Dezember weiter gesunken. Sie erreichte mit 6,5% den tiefsten Wert des Jahres 2022. Die von der FED bevorzugte Inflationsrate basierend auf den Personal Consumer Expenditures (PCE) ging ebenso zurück. Sie lag im November bei 5,5%. Daten für Dezember stehen noch aus.

Die FED reagierte mit deutlichen Zinsschritten auf die erhöhte Inflation. Nach sechs Zinserhöhungen zwischen März und November 2022 hat die FED in ihrer letzten Sitzung im Dezember erneut die Zinsen angehoben. Sie drosselte jedoch das Tempo der geldpolitischen

[2] Autorin: Anna Raggl (Referat International Economics).

Straffung etwas und erhöhte die Spanne der *Federal Funds Rate* um 50 Basispunkte (BP) auf 4,25-4,50%. Die vorigen vier Zinsschritte waren mit je 75 BP noch kräftiger ausgefallen.

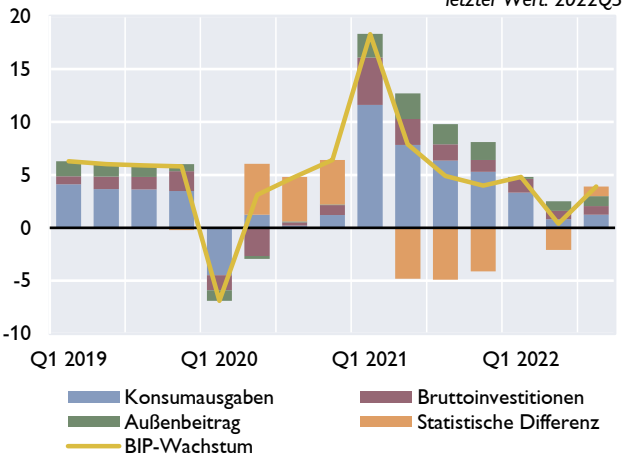
China: Trotz kurzfristiger Erholung Wachstumsziel für 2022 kaum erreichbar

Gleichermaßen getragen von Konsumausgaben, Investitionen und dem Außenbeitrag stieg das BIP-Wachstum in China im dritten Quartal wieder an. Es betrug 3,9% (gegenüber dem Vorjahresquartal), nach nur 0,4% im zweiten Quartal. Diese moderate Erholung wird aller Voraussicht nach jedoch nicht ausreichen, das von der Regierung bereits niedrig angesetzte Wachstumsziel von 5,5% im Jahr 2022 zu erreichen. Auch der Ausblick stimmt wenig optimistisch: Die Lockerung der strengen Anti-Covid-Maßnahmen führten zu einem rasanten Anstieg der infizierten Personen, was eine weitere Herausforderung für Chinas wirtschaftliche Erholung darstellt.

CHINA: Beiträge zum BIP-Wachstum

%-Veränderung gegenüber VJQ, SA

letzter Wert: 2022Q3



Quelle: Macrobond.

Die Inflation, gemessen an den Verbraucherpreisen, stieg im Dezember leicht auf 1,8% an, nachdem sie im November noch bei 1,6% gelegen war. Das Land ist aufgrund des geringen Importanteils bei Nahrungsmitteln und seiner Getreidereserven wenig von den globalen Preisanstiegen in diesen Gütergruppen betroffen.

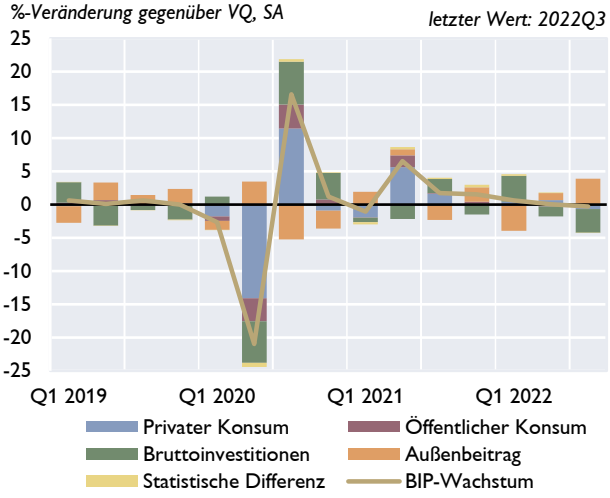
UK: Wachstumseinbruch im dritten Quartal stärker als erwartet

Nach schwach positivem Wachstum in der ersten Jahreshälfte schrumpfte die Wirtschaftsleistung im Vereinigten Königreich im dritten Quartal. Das reale BIP sank um 0,3% und damit kräftiger als noch in ersten Schätzungen erwartet. Mitverantwortlich waren neben rückläufigen Investitionen auch der sinkende private Konsum. Lediglich der Außenbeitrag lieferte positive Wachstumsimpulse. Das reale BIP liegt damit nun 0,8% unter dem Wert vor der Pandemie (Q4/2019). Die Aussichten für 2023 bleiben düster.

UK: Beiträge zum BIP-Wachstum

%-Veränderung gegenüber VQ, SA

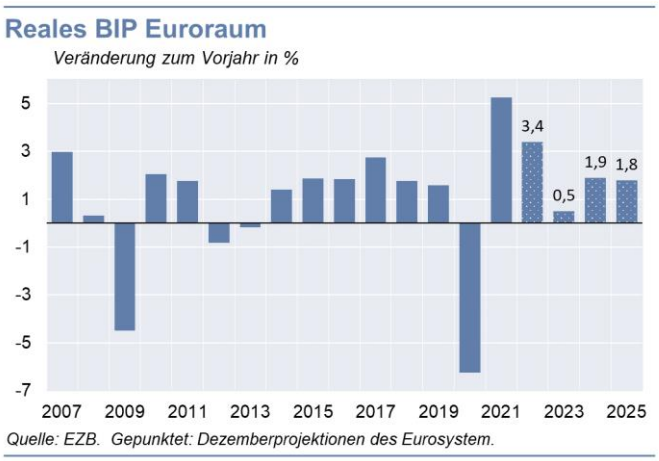
letzter Wert: 2022Q3



Quelle: ONS, Macrobond.

Auch bei der Preisentwicklung zeigt sich keine nennenswerte Erholung. Im November ging die Inflation nur leicht auf 10,7% zurück, nachdem sie im Oktober ein Langzeithoch von 11,1% erreicht hatte. Die Bank of England erhöhte in ihrer letzten Sitzung im Dezember die *bank rate* um 50 BP auf 3,5%.

Euroraum: Verlangsamung des Wirtschaftswachstums



Im Vergleich zum Vorquartal ist das saisonbereinigte BIP im dritten Quartal 2022 im Euroraum um 0,3% gestiegen; im zweiten Quartal lag die Wachstumsrate noch bei 0,8%. Die Wirtschaftsentwicklung im Euroraum wird durch die hohe Inflation, den Ukrainekrieg und dessen Folgen, z.B. im Bereich der Energieversorgung, die restriktiveren Finanzierungsbedingungen und das langsamere Wachstum der Weltwirtschaft beeinträchtigt. Auch wenn sich der Arbeitsmarkt im Euroraum mit einer saisonbereinigten Arbeitslosenquote von 6,5% im November weiterhin robust zeigte, dürfte die zu erwartende Wachstumsabschwächung zu einem - wenn auch geringen - Anstieg der Arbeitslosigkeit führen. Diese Entwicklung belastet das Vertrauen der Verbraucher:innen und der Unternehmen; auch wenn es sich in letzter Zeit etwas erholt hat. Gemäß EK ist der Indikator für das Konsumentenvertrauen im Dezember 2022 um 1,7 Prozentpunkte gestiegen. Damit liegt er leicht über dem Tiefpunkt, der zu Beginn der Pandemie erreicht wurde, aber nach wie vor deutlich unter seinem langfristigen Durchschnitt. Der Economic Sentiment Indicator, der die Erwartungen und Beurteilungen der Unternehmen und der Verbraucher:innen kombiniert, stieg im Dezember zum zweiten Mal in Folge an (+1,8 Punkte). Er blieb jedoch ebenfalls unter dem langfristigen Durchschnitt.

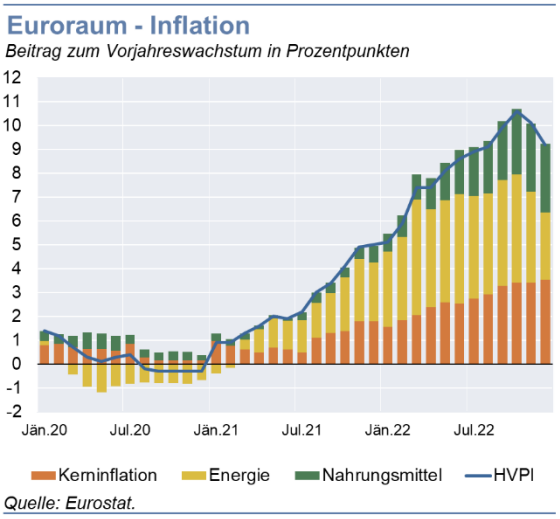
Das Eurosystem geht in seinen gesamtwirtschaftlichen Projektionen vom Dezember 2022 davon aus, dass sich das Wirtschaftswachstum von 3,4 % im Jahr 2022 auf 0,5 % im Jahr 2023 verlangsamen wird. Diese Verlangsamung ist auf die hohe Inflation, die Unsicherheit und das schwache Verbraucher:innen- und Unternehmensvertrauen zurückzuführen. Im vierten Quartal 2022 und im ersten Quartal 2023 könnte die Wirtschaft im Euroraum schrumpfen; die Rezession sollte allerdings nur relativ kurz und mild ausfallen. Infolge der Beruhigung auf den Energiemärkten, des Abbaus der Lieferengpässe und der Steigerung der Auslandsnachfrage wird das Wachstum im Jahr 2024 wieder 1,9% und im Jahr 2025 1,8% erreichen. Trotz der erwarteten Erholung wird das BIP deutlich unter dem vor dem Beginn des Ukrainekriegs prognostizierten Niveau bleiben. Die Risiken für die Wachstumsaussichten sind – insbesondere auf kurze Sicht – abwärtsgerichtet. Zu den Abwärtsrisiken zählen der Ukrainekrieg, dauerhaft höhere Energie- und Nahrungsmittelpreise und eine Abschwächung der Weltwirtschaft.

Euroraum: Rückgang der Gesamtinflation, aber Anstieg der Kerninflation

Die jährliche Inflationsrate im Euroraum lag gemäß Eurostat-Schnellschätzung im Dezember 2022 bei 9,2%, gegenüber 10,1% im November und 10,6% im Oktober. Die höchste jährliche Inflationsrate wies weiterhin Energie auf (25,7%, gegenüber 34,9% im November), gefolgt von Nahrungsmittel, Alkohol und Tabak (13,8%, gegenüber 13,6% im November) und Industriegüter ohne Energie (6,4%, verglichen mit 6,1% im November). Grund für den Rückgang der HVPI-Inflationsrate ist damit in erster Linie ein geringerer Anstieg der Energiepreise. Der Preisdruck in der gesamten Wirtschaft ist aber weiterhin hoch. Die Kerninflationsrate (ohne Energie und

Lebensmittel) ist auch im Dezember gestiegen und wird voraussichtlich bei 5,2% liegen; gegenüber 5,0% im Oktober und November.

Die Eurosystem-Projektionen vom Dezember 2022 erwarten, dass die Inflation in der Eurozone im Jahr 2022 im Durchschnitt 8,4% und 2023 6,3% betragen wird. Kurzfristig wird die Inflation auf einem äußerst hohen Niveau bleiben, allerdings wird sie im Jahresverlauf 2023 aufgrund von Basiseffekten bei Energie, eines nachlassenden Inflationsdrucks und staatlicher Maßnahmen kontinuierlich sinken. Für Ende 2023 wird eine HVPI-Inflationsrate von 3,6% erwartet. Für das Jahr 2024 wird ein Rückgang der Inflation auf 3,4% und für 2025 auf 2,3% prognostiziert. Die Kerninflation (ohne Energie und Nahrungsmittel) wird zu Beginn 2023 ihren Höchststand erreichen und sich danach nur allmählich abschwächen, da sich das Lohnwachstum beschleunigen und der Inflationsdruck nur langsam nachlassen wird. Die Kerninflation wird demnach 2022 im Durchschnitt bei 3,9 % liegen und 2023 auf 4,2% steigen, bevor sie 2024 auf 2,8% und 2025 auf 2,4% sinken soll. Verglichen mit den gesamtwirtschaftlichen Projektionen des Eurosystems vom September 2022 wurde die Prognose für die HVPI-Inflationsrate für 2022 um 0,3 Prozentpunkte, für 2023 um 0,8 Prozentpunkte und für 2024 um 1,1 Prozentpunkte nach oben korrigiert. Die Inflationsaussichten sind nach wie vor mit hohen Unsicherheiten behaftet. Es überwiegen die Aufwärtsrisiken zu denen mittelfristig auch ein möglicher Anstieg der Inflationserwartungen zählt.



Der EZB-Rat hat in seiner Sitzung am 15. Dezember 2022 beschlossen, die drei Leitzinssätze der EZB um jeweils 50 Basispunkte anzuheben und geht von weiteren Erhöhungen aus. Die Geldpolitik des EZB-Rats zielt auch darauf ab, dem Risiko vorzubeugen, dass sich die Inflationserwartungen dauerhaft nach oben verschieben. Darüber hinaus wurde bezüglich des Programms zum Ankauf von Vermögenswerten (Asset Purchase Programme APP) beschlossen, ab März 2023 die Tilgungsbeträge von Wertpapieren bei Fälligkeit nicht mehr vollumfänglich wieder anzulegen. Damit sollen die APP-Bestände in einem maßvollen und vorhersehbaren Tempo reduziert werden. Bis zum Ende des zweiten Quartals 2023 werden die Bestände monatlich im Durchschnitt um 15 Mrd EUR reduziert. Das Tempo für die Portfolioabschmelzung ab Juli 2023 wird zu einem späteren Zeitpunkt festgelegt.